

Wir in Reinickendorf

Viel Neues im Mai. Der Wahlkampf entwickelt seine Dynamik.

PDS Reinickendorf. Ausgabe Juni 2002

Bewegter Mai

Der vergangene Mai war für die PDS Reinickendorf ein bewegter Monat. Gleich bei vier Ereignissen galt es, Zeichen gegen den Krieg und für soziale Gerechtigkeit zu setzen.

Am 1. Mai beteiligten wir uns am Umzug und nahmen an den Kundgebungen des DGB am Roten Rathaus und der PDS auf dem Alexanderplatz teil.

Nur kurz darauf, am 5. Mai, veranstalteten wir mit GenossInnen aus Pankow und dem Berliner Umland eine Fahrradtour zum Gedenkstein in der Stolper Heide. Der Stein erinnert an eine illegale Veranstaltung der Berliner Arbeiterjugend am 5. Mai 1918 zum Gedenken an den 100. Geburtstag von Karl Marx und zum Protest gegen den Krieg. Auch wir wollten mit dieser Aktion ein Zeichen gegen den Krieg setzen.

Die Woche nach Pfingsten stand im Zeichen des Bush-Besuches und der Proteste gegen seine Politik. Am 21. Mai beteiligten wir uns an der Demonstration des Bündnisses »Achse des Friedens«. Am Tag darauf protestierten junge Mitglieder der Partei zusammen mit anderen Antifaschisten hier im Bezirk gegen die Kriegspolitik. Von 17.00 Uhr bis 18.30 Uhr veranstalteten sie in der Fußgängerzone in Tegel ein »Bush-Trommeln« für Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Michael Rohr

Wir über uns

Diese Reinickendorfer Beilage zur Landeszeitung der PDS wird vom Bezirksverband finanziert. Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Kto-Nr.: 43 84 81 68 12.

Impressum

Herausgegeben vom PDS-Bezirksvorstand Reinickendorf. V.i.S.d.P.: Robert Scholz.



Nein, Mr. Bush, wir wollen ihre Kriege nicht!

Foto: Marion Lubina

Aktion

Wichtige Termine auf Landesebene und der beginnende Wahlkampf haben die PDS Reinickendorf dazu veranlasst, **im Juni keine Mitgliederversammlung im Roten Laden** abzuhalten.

Dafür versammeln sich am 23. Juni von 14 bis 18 Uhr die Mitglieder der westlichen Bezirke Berlins im Restaurant »Zum Lübarser Hufeisen« (Zabel-Krüger-Damm 227, 13469 Berlin), um ihre Delegierten für den nächsten Bundesparteitag der PDS (1. Tagung nach der Bundestagswahl in Gera) zu wählen.

Hingewiesen werden soll auch auf die ganztägige Landeskonferenz der Berliner PDS am 29. Juni.

PDS will unterscheidbar sein

Unsere Themen: Frieden und Soziale Gerechtigkeit

Der sozialdemokratische Bundeskanzler hat die soziale Gerechtigkeit wieder entdeckt. Nichts mehr mit dem Genossen der Bosse? Glaubt da irgendwer, dass ohne Druck von einer starken PDS, diese neue Liebe zu einem alten linken Thema lang dauern wird? Vier Jahre hatte die rotgrüne Bundesregierung Zeit, den Druck der Globalisierung auf die Menschen zu lindern. Doch gestiegene soziale Unsicherheit für die mit dem wenigen und Steuer geschenke für die mit dem vielen Geld sind die Bilanz.

Es gibt eine veröffentlichte Meinung, die tagtäglich versucht, allen klar zu machen, so müsse es sein. Die PDS dagegen will der bundesdeutschen Politik eine andere Richtung geben: wir wollen mehr Steuergerechtigkeit. Die Wiedereinführung einer Steuer auf große Vermögen (ein gebrochenes sozialdemokratisches Wahlversprechen von 1998) brächte mehr Geld in die Kassen der Bundesländer. Eine Steuer



Von Robert Scholz

auf Devisenspekulationen (gemeinhin Tobin-Tax genannt) soll dem Casino-Kapitalismus auf den internationalen Finanzmärkten Zügel anlegen. Die sozialen Sicherungssysteme gilt es zu stabilisieren und vor allen Dingen eine Zwei-Klassen-Medizin zu verhindern.

Der 11. September 2001 muss dafür herhalten, die demokratischen Rechte abzubauen. Immer deutlicher aber wird: Was nutzen all die Informationen der beamteten Schnüffler? In den USA haben sie die Attentate nicht verhindert. Darauf aber kommt es den politisch Verantwortlichen auch nicht an. Viel wichtiger ist es ihnen, angesichts des

wachsenden Unmuts den Menschen zu signalisieren: Wir haben Euch unter Kontrolle!

Aber eines sei nicht vergessen: »Die PDS will Konflikte zivil und nicht militärisch lösen« heißt es im Wahlprogramm. Deshalb hat die PDS gegenüber Präsident Bush während seines Berlin-Besuches klargestellt, dass die Vorbereitung eines Krieges gegen den Irak oder die »Achse des Bösen« auf entschiedenen Widerstand unserer Partei als Teil der globalen Friedensbewegung stößt. Kein Krieg. Nirgends.

Roter Laden

Post an: »Roter Laden«, Schloßstraße 22, 13507 Berlin-Tegel. Sie erreichen uns montags bis freitags immer von 15.00 bis 18.00 Uhr. Telefon 43 73 26 30 oder Fax 43 73 26 32 oder per E-mail pds.reinickendorf@t-online.de

Und im Internet: www.pds-reinickendorf.de

Neu: www.pds-reinickendorf.de

Jawoll, jetzt »steht« sie im »Netz«. Lange als »Baustelle« nur halb fertig hat sie nun ein neues Gesicht, neue Funktionen, bietet mehr Informationen und harret der »Besucher«, die da klicken mögen.

Die PDS Reinickendorf hat eine neu gestaltete homepage im world wide web. Lange Zeit gut beurteilt, genügte sie in letzter Zeit doch nicht mehr den veränderten Ansprüchen und Anforderungen an unseren Auftritt im internet. Wir haben sie nun verändert, aufgefrischt und (hoffentlich) besser gemacht.

Informieren soll sie über unsere Aktivitäten, unsere Arbeit in der BVV, bezirkliche Initiativen, Arbeitskreise, den Wahlkampf und den Stand der Diskussionen zu aktuellen Themen. Vorgestellt werden u. a. die unterschiedlichen »Akteure« im Roten Laden, die erfreulicherweise sehr unterschiedliche Biografien und dementsprechend weitgefächerte politische Visionen haben und Akzente setzen.

Die neue Gestaltung soll mehr Raum bieten für Informationen, nicht nur aus der PDS. Vor allem aber auch, und dies wünschen wir uns, für Diskussion, offenen, fairen Meinungsaustausch zu den vielfältigen Themen, die die sicher noch lange Wegstrecke zu einer friedlichen und gerechten Welt säumen. Anregungen, Verbesserungsvorschläge und Eindrücke zur neuen homepage sind ausdrücklich erwünscht.

Jürgen Schimrock

Neues Konzept für die LAZ.

Der Geschäftsführende Ausschuss des Landesvorstandes der Berliner PDS hat am 17. Mai beschlossen, die »LAZ« in ihrer bisherigen Form im Juni 2002 zum letzten Mal erscheinen zu lassen.

Die PDS Reinickendorf hatte sich mit ihren bezirklichen Nachrichten und Mitteilungen als einzige Berliner Bezirksorganisation dem Erscheinungsbild in Form einer Beilage der LAZ angepasst. Somit hat dieser Beschluss konkrete Auswirkungen auf unsere zukünftige Öffentlichkeitsarbeit.

Da bei Redaktionschluss noch keine neue Konzeption für die LAZ vorlag, können wir an dieser Stelle noch nicht sagen, in welcher Form unsere Beilage in Zukunft erscheinen wird. Sicher ist aber, wir machen weiter!



Am Gedenkstein in der Stolper Heide, 5. Mai 2002

Foto: M. Lubina

Müllverbrennung in Hennigsdorf?

»Dicke Luft« auch im Berliner Norden

Ein starkes Stück, was die Koalition im benachbarten Bundesland, wohlgerichtet gegen die Stimmen der PDS-Fraktion, den Anwohnerinnen und Anwohnern im Landkreis Oberhavel und dem Berliner Norden zumutet. Angefangen von der Missachtung bestehender Beteiligungsvereinbarungen zwischen Berlin und Brandenburg, über mangelnde Transparenz im Ausschreibungsverfahren bis hin zur fehlenden Aufklärung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Zugleich bedeutet dies ein Abweichen vom sog. Brandenburger Weg, der u. a. eine ökologisch ausgewogene Verfahrensweise favorisiert und auch ermöglichen soll.

Die Einzelverordnete der PDS in der BVV, Renate Herranen, kritisierte völlig zu recht, und fast im Einklang mit SPD, CDU, FDP und den Bündnis90/Grünen (ja, so etwas gibt es!), die Planung eines umweltpolitischen Großprojekts, das in seiner Fragwürdigkeit kaum zu überbieten ist.

Worum geht es? Auf Beschluss der Bundesregierung dürfen ab 2005 Hausmüllabfälle nur noch nach entsprechender Vorbehandlung in Mülldeponien abgelagert werden, die zum Erdreich hin abgeschlossen sind. In Konsequenz dieser Entscheidung beschloss der Kreistag Oberhavel eine Restmüllentsorgungsanlage auszuschreiben. Auf sinnvolle und ggf. planungsrelevante Vorgaben hinsichtlich Standort, Verfahrenstechnik und Kapazität wurde prekärerweise verzichtet. Ende Februar wurde nun der Zuschlag an die Energog GmbH,

die eine Restmüll-Verbrennungsanlage (Kraft-Wärme-Kopplung) auf dem Bombardier-Gelände in Hennigsdorf mit einer Kapazität von 80.000 Tonnen Müll jährlich plant, erteilt. Bombardier soll wohl auch der Hauptabnehmer der erzeugten Energie sein.

Fragen über Fragen tun sich auf hinsichtlich der geplanten Verbrennungstechnik, der Kapazitätsausschöpfung, den Standortalternativen, der Luftbelastung, dem absehbarem Mülltourismus, der damit verbundenen Lärmbelästigung etc. Dazu kommt, dass der Bezirk Reinickendorf bisher noch keine offizielle Mitteilung erhalten hat. Erste Konsequenz: Die BVV hat am 15. Mai einstimmig den Bau der geplanten MVA in Hennigsdorf abgelehnt und den Berliner Senat aufgefordert, seiner Informationspflicht nachzukommen.

Bürgerinitiativen weisen auf die unmittelbare Nähe des Bombardier-Terrains zu einem Landschaftsschutzgebiet mit Biotopen und seltenen Tierarten hin.

Die PDS setzt sich ein für eine konsequente politische Orientierung auf Müllvermeidungs-, -trennungs und -sortierungsstrategien. Die thermische Restabfallentsorgung ist ein Verfahren, das unter ökologischen Gesichtspunkten heutzutage nicht mehr angewendet werden sollte. Insbesondere bei neuen Anlagen müsste ein Gutachten, das die Umweltverträglichkeit und die Verfahrenstechnik einer Überprüfung unterzieht in jedem Fall von einer unabhängigen Stelle eingeholt werden. **Jürgen Schimrock**

Sachzwänge vs Vernunft

Am 15.05.2002 stellten CDU und FDP in der BVV Reinickendorf eine Große Anfrage zum Thema: Auswirkungen der geplanten Personalkürzung im Kita-Bereich. Die Antwort des Jugendstadtrates Senfleben (SPD) war deprimierend. Durch die beabsichtigte Veränderung des Betreuungsschlüssels im Kita-Bereich durch den Finanzsenator werden in Reinickendorf 84,5 ErzieherInnen-Stellen wegfallen. Um die entstehenden Defizite aus eigener Kraft zu kompensieren, denkt der Jugendstadtrat darüber nach, die Öffnungszeiten in den Kitas zu verkürzen und in allen Kitas eine abgestimmte Schließungszeit in den Sommerferien einzuführen.

In der anschließenden Debatte forderte die CDU die Entwicklung eines Tarifvertrages für Kitas. Dort sollte der Personalschlüssel festgeschrieben werden, damit nicht mit jedem neuen Landeshaushalt gekürzt werden kann. Dies begrüße ich ausdrücklich, doch welcher Sinneswandel dieser Partei.

Zur Erinnerung: Seit 1989 fordern ErzieherInnen und Gewerkschaften einen Tarifvertrag. Dafür gab es derzeit den längsten Streik in der Bundesrepublik. Elf Wochen Streik, doch nichts erreicht! Damals weigerte sich die Koalition aus SPD/Grüne, und während der nachfolgenden Jahre die große Koalition aus CDU/SPD, einen solchen Tarifvertrag abzuschließen. Das Argument war und ist immer gleich: Es ist kein Geld da.

Welcher Widerspruch, nachwachsende Generationen vor einer Zukunft mit hohen Schuldenbergen schützen zu wollen und ihnen gleichzeitig durch Defizite in der Bildung die Zukunft zu verbauen. Dies macht keinen Sinn, ist kontraproduktiv und muss durch neue Politikansätze verändert werden. Dafür stehe ich!

Die Vorschläge des Berliner SPD-Finanzsenators tragen in keiner Weise dem Bildungsauftrag der Kinder-Tageseinrichtungen Rechnung und orientieren sich weder am Kinder- und Jugendhilfe- noch am Berliner Kita-Gesetz. Aus Sicht des Herrn Sarrazin sind die Tageseinrichtungen nur Kostenfaktoren und seine Vorschläge zur Novellierung bisheriger gesetzlicher Bestimmungen führen in ihrer Konsequenz zu Standardabsenkungen im Bildungs- und Erziehungsbereich. Sie sind das Gegenteil zu den Bemühen, die Qualitätsentwicklung der Tageseinrichtungen zu fördern und weiterzuentwickeln.

Renate Herranen